

Der Trump-Effekt ist verpufft

Amerikas Präsident betreibt einen Anti-Einwanderungs-Wahlkampf wie vor zwei Jahren

BEAT AMMANN, WASHINGTON

Der amerikanische Präsident Trump sieht sich einer ungemütlichen Entwicklung gegenüber: Die illegale Einwanderung in die USA hat wieder stark zugenommen. Trump hatte während seines Wahlkampfes drastische Massnahmen versprochen, um die Grenzen zu sichern, darunter eine Mauer, die von Mexiko bezahlt würde. Seine Rhetorik hatte zuerst offenbar eine abschreckende Wirkung, denn unmittelbar nach seinem Amtsantritt sank die Zahl illegaler Grenzübertritte.

Frustriert und wütend

Laut noch nicht amtlich veröffentlichten Zahlen, zu denen die «Washington Post» Zugang hatte, nahmen die Grenzbehörden im September 16 658 Mitglieder von Immigrantenfamilien fest, was gegenüber dem Juli ein Anstieg um 80 Prozent ist. Im Sommer hatte ein öffentlicher Aufruhr die Regierung zu einer Abkehr von der Politik gezwungen, illegal eingewanderten Eltern die Kinder wegzunehmen. Üblicherweise ergeben sich illegal eingewanderte Familien nach der Grenzüberquerung den Behörden, die sie gemäss Gesetz nicht einfach wieder nach Mexiko zurücksenden können, nachdem sie um Asyl ersucht haben.

Trump könnte also argumentieren, die Aussicht der Einwanderer, ihrer Kinder verlustig zu gehen, habe die beabsichtigte abschreckende Wirkung gehabt. Ein grosser Teil der amerikanischen Öffentlichkeit hat unter Trump erstaunlich vieles geschluckt, doch Kinder als Werkzeug der Einwanderungspolitik zu benutzen, gehört noch nicht dazu. Daher ist Trump auf seine Grundposition zurückgegangen: Schuld sind die Demokraten. Tatsache ist, dass beide Parteien sich seit vielen Jahren als unfähig erweisen, das Einwanderungswesen zu reformieren, was nur in einer gemeinsamen Anstrengung möglich wäre.

Mit gebundenen Händen

Daher ist Trump darauf beschränkt, seine Ziele im Rahmen der bestehenden Gesetze zu erreichen. Der Präsident hat seine Frustration schon früher zu erkennen gegeben, indem er Kirstjen Nielsen, die für die Einwanderungspolitik zustän-



Ein Honduraner mit seiner Familie auf dem Weg durch Guatemala – er will in die USA einwandern.

EDGARD GARRIDO / REUTERS

dige Ministerin, öffentlich abkanzelte. Die Behörden verfügen jedoch nicht über ausreichende Mittel, um mit dem Zustrom fertig zu werden. Die zuständigen Gerichte, die jeden Fall zu prüfen haben, sind überlastet, und es gibt viel zu wenige Unterkünfte, um Kinder und Erwachsene zu beherbergen. Das ermöglicht manchen das Untertauchen.

Jüngst ist durchgesickert, dass der Stabschef im Weissen Haus, John Kelly, und John Bolton, der Sicherheitsberater des Präsidenten, diese Woche in den Gängen vor dem Oval Office unter Verwendung nicht jugendfreier Wörter laut gestritten hätten. Es ging offenbar um Einwanderung und um Nielsen, die als Beamtin unter Kelly Karriere machte. Zur Frustration hat beigetragen, dass erneut eine «Karawane» von zentralamerikanischen Auswanderern Richtung Norden unterwegs ist, mit dem Ziel USA. Laut Medienberichten sind es rund vier-

tausend Personen, die zurzeit Guatemala durchqueren. Trump hat bereits von einem Angriff auf die USA gesprochen und in Aussicht gestellt, er schicke das Militär an die Grenze. Er drohte den zentralamerikanischen Ländern damit, finanzielle Hilfen zu streichen – das Gegenteil des üblichen Rezepts, wonach man fragilen Staaten hilft, das Leben für deren Bürgerinnen und Bürger weniger beschwerlich zu gestalten und den Anreiz zur Auswanderung zu vermindern.

Kalkulierter Rundumschlag

Der Präsident unterstellte ferner, die Demokraten würden Geld an die in der «Karawane» Reisenden verteilen lassen. Zudem behauptete er entgegen den Fakten, die Demokraten wollten alle Einwanderungswilligen unbesehen aufnehmen. Er forderte Mexiko dazu auf, dessen Grenze zu Guatemala und die Nord-

grenze gegen die USA abzudichten. Er teilte Mexiko mit, das sei ihm wichtiger als das jüngst neu ausgehandelte Handelsabkommen. Dieser Rundumschlag zeigt, dass Trump darauf baut, mit dem Thema Einwanderung seine Wählerschaft wie 2016 mobilisieren zu können.

An einem Auftritt im Staat Montana sagte der Präsident am Donnerstag, bei den Zwischenwahlen im November gehe es um Brett Kavanaugh, die «Karawane» sowie «law and order». Das Ringen um die Wahl von Kavanaugh ins Oberste Gericht hatte viele Republikaner in ihrer Loyalität zu Präsident und Partei bestärkt. Trump rechnet damit, dass republikanische Kandidaten von der Bestätigung des Richters profitieren. Zudem wittert Trump anscheinend, dass die Demokraten möglicherweise nicht so gut abschneiden wie bis vor kurzem erwartet. Das animiert ihn, selbst öfter in die Wahlkampfarena zu steigen.

Alltagssorgen drücken auf nationalen Glücksindex

Bhutans Wähler sind gnadenlos: Die dritte demokratische Wahl bringt zum dritten Mal eine neue Partei an die Macht

BRITTA PETERSEN, DELHI

Die noch junge Demokratie Bhutan bleibt ihrer Tradition treu und wechselt erneut die Regierungspartei aus. Die Wählerinnen und Wähler bescherten am Freitag der erst 2013 gegründeten Mittellinks Partei Druk Nyamrup Tshogpa (DNT) einen überwältigenden Wahlsieg. Nach vorläufigen Angaben der Wahlkommission gewann die DNT 30 von 47 Sitzen im Parlament. Ihr Wahlkampfversprechen: den Abstand zwischen Arm und Reich verringern und gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen.

Unzufriedenheit im Land

Beobachter werten das Ergebnis als Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit in dem ehemals abgeschlossenen Land, das international für seinen nationalen Glücksindex bekannt geworden ist. Es zeigt aber auch, dass die Menschen in Bhutan die Demokratie angenommen haben und nun damit experimentieren. Das nur 800 000 Einwohner zählende buddhistische Königreich am östlichen Rand des Himalajagebirges ist erst seit 2008 eine konstitutionelle Monarchie.

Die neue Regierungsform eingeführt hatte König Jigme Khesar Namgyel Wangchuck, der 2006 den Thron von seinem Vater übernahm. Bei der ersten

Wahl 2008 gewann die Royalisten-Partei Druk Phuensum Tshogpa (DPT) 45 von 47 Sitzen in der Nationalversammlung, was Anlass zur Frage gab, ob die Menschen in Bhutan überhaupt den Abschied von der absoluten Monarchie wünschten.

Doch bereits 2013 verlor die DPT ihre Mehrheit an die Demokratische Volkspartei (PDP), die mit 32 Sitzen die Macht im Land übernahm. Nach vier Jahren an der Macht schaffte es die DPD dieses Jahr nun nicht einmal in die zweite Runde der zweistufigen Wahlen, in der sich nur zwei Parteien für die Abschlussrunde qualifizieren. Es war selbst für den neuen Premierminister Lotay Tshering eine massive Überraschung, dass bei der ersten Runde im September seine eigene Partei und die royalistische DPT weiterkamen und nicht die PDP.

Nicht geholfen hat der Regierung, dass sie 2017 für Bhutan ein Wirtschaftswachstum von immerhin 8 Prozent vorweisen konnte. Daneben gibt es aber eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, und die Auslandsschulden liegen bei hohen 108 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die nun siegreiche DNT versprach im Wahlkampf, Bhutans Wirtschaft zu diversifizieren. 27 Prozent der Wirtschaftsleistung werden mit Wasserkraft generiert. Das führt zu einer grossen Abhängigkeit von Indien, denn der südliche Nachbar ist der grösste Abnehmer für den Strom.

Dieser Einfluss wird in Bhutan zeitweise als erdrückend wahrgenommen. 2013 führte die Abschaffung von Subventionen für Kerosin und Kochgas in Indien zu einem massiven Anstieg der Energiepreise in Bhutan, was damals zur Niederlage der Royalisten beitrug. Es entstand der Eindruck, dass Delhi Bhutans Regierung für eine Annäherung an den Rivalen China bestrafen wollte. Angesichts der Kleinheit Bhutans ist es für Thimphu kaum möglich, sich von der Abhängigkeit von Indien zu lösen.

Mit der neuen Wahl scheint sich ein Trend fortzusetzen, der sich bereits 2013 abzeichnete: Die Wählerinnen und Wähler probieren aus, was die Parteien zu bieten haben, und lassen sich dabei wenig von Versprechen und Ideologien beeindrucken. Wie die jetzt siegreiche DNP hatte 2013 auch der damalige Premierminister versprochen, sich auf die Verbesserung der Infrastruktur und der Wirtschaft zu konzentrieren.

Ein Index, der Schule macht

Etwas in den Hintergrund tritt dabei der nationale Glücksindex, den der frühere König Jigme Singye Wangchuck eingeführt hatte. Der Index sorgte international für Furore, weil er eine Abkehr von einer einseitig auf Wirtschaftswachstum fokussierenden Entwicklungspolitik pro-

pagiert. Daraufhin übernahm die Uno das Konzept, und 2011 verabschiedete sie eine Resolution mit dem Titel «Glück – ein ganzheitlicher Weg zur Entwicklung».

Doch die Menschen in Bhutan scheint die erhabene Philosophie immer weniger zu interessieren. Stattdessen dominierten Alltagsthemen die Wahlen. «Ich denke, dass für die Wähler in Bhutan, wie für die Wähler überall, wirtschaftliche Fragen und Fragen der Lebenshaltung im Vordergrund stehen», sagt Brian C. Shaw, ein Bhutan-Experte von der Universität Hongkong.

Der zweite Trend ist problematischer. Nach Beobachtung von Karma Dema vom International Institute for Democracy and Electoral Assistance spaltet sich die Wählerschaft zunehmend zwischen Stadt- und Landbewohnern sowie zwischen den entwickelten und weniger entwickelten Provinzen.

Immerhin konnte die Einführung der Briefwahl eine Abnahme der Wahlbeteiligung aufhalten. In dem von hohen Bergen und schlechten Strassen geprägten Land kann allein der lange Weg zur Wahlurne abschreckend sein. Die Wahlbeteiligung lag in diesem Jahr bei mehr als 66 Prozent. «Solange die Wähler engagiert bleiben und die unterlegenen Parteien ihre Niederlage akzeptieren, sind die Wahlen ein Anlass zum Feiern», sagt Karma Dema.

Notorischer Hassprediger auf freiem Fuss

Aus britischem Gefängnis entlassen

MARKUS M. HAEFLIGER, LONDON

Bei seiner Verurteilung vor etwas mehr als zwei Jahren hatten ihn die britischen Sicherheitsbehörden als den gefährlichsten Hassprediger des Landes bezeichnet, doch nun ist Anjem Choudary auf freiem Fuss. Der 51-jährige Islamist wurde im Morgengrauen aus einem Hochsicherheitsgefängnis in Südlondon entlassen und vorerst in einem Wohnheim für Sträflinge, die auf Bewährung freigegeben sind, untergebracht. Wegen guter Führung hatte er nur die Hälfte seiner fünfeinhalbjährigen Haftstrafe verbüssen müssen.

Treueeid auf Islamischen Staat

Choudary, der mit zahlreichen terroristischen Verschwörungen in Verbindung gebracht wird, bleibt vorläufig in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Laut den Auflagen darf er weder mit Jugendlichen sprechen noch das Internet unüberwacht benutzen. Sein Zugang zu Moscheen und Personen wird überwacht. Erst in einem halben Jahr darf er mit seiner Familie zusammenziehen. Choudary, der Sohn pakistanischer Einwanderer, hatte in der Jugend als Partyläwne gegolten. Dann geriet er in den Bann des Hasspredigers Omar Bakri, des Gründers der salafistischen Sekte al-Muhajiroun (arabisch für «die Auswanderer»). Zwei der vier Selbstmordattentäter bei den Anschlägen in London im Juli 2005 stammten aus ihrem Kreis.

Im Prozess gegen Choudary wurde diesem nachgewiesen, dass er Jugendliche für die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) rekrutiert und die Täter in mehr als einem Dutzend geplanten und vereitelten Anschlägen beeinflusst hatte. Khuram Butt, ein Mitglied der Terrorzelle, die letztes Jahr an der London Bridge acht Passanten tötete, war ebenfalls ein Erfolgsmann Choudarys. Der Hassprediger war dem Arm des Gesetzes zwei Jahrzehnte lang ausgewichen, indem er direkte Aufrufe zur Gewalt vermied. 2014 beging er jedoch den Fehler, bei einem Treffen mit Gleichgesinnten dem IS einen symbolischen Treueeid zu schwören. Die Polizei schlug zu.

Gegenseitiges Aufstacheln

Die Massnahmen zur Überwachung Choudarys kosten den Steuerzahler zwei Millionen Pfund pro Jahr, ein Betrag, der sich erhöhen könnte, falls der Prediger vor Angriffen geschützt und in einem Unterschlupf untergebracht werden müsste. Die rechtsextreme English Defence League (EDL) hat ihn laut eigener Aussage im Visier. Der ehemalige Chef der britischen Terrorabwehr Mark Rowley weist darauf hin, dass sich Choudary und rechte Rassisten gegenseitig aufwiegelten und radikalisierten. Die EDL entstand in Luton nördlich von London als Reaktion auf den dortigen Ableger von al-Muhajiroun. Letztes Jahr griff die Gruppe die Finsbury-Moschee in Nordlondon an, ein Muslim wurde getötet. Die Behörden bezeichnen Choudary unterdessen nicht mehr als Gefahr, sondern als lächerliche Figur. Laut dem «Daily Telegraph» soll seine Anziehungskraft so geschwächt werden. Die Zeitung zitiert Verantwortliche mit den Worten, Choudary habe Jugendliche ins Ausland geschickt, wo sie umgekommen seien, riskiere selber sein Leben aber nie. «Choudary ist ein Feigling», heisst die Botschaft. Der Hassprediger ist nicht der einzige Extremist, der dieses Jahr auf freien Fuss gesetzt wird. Laut dem «Guardian» wurden im Jahrzehnt bis 2016 über 190 Personen verurteilt, weil sie an terroristischen Komplotten beteiligt waren oder entsprechende Kenntnisse nicht den Behörden meldeten. Rund 80 der Verurteilten haben ihre Strafe in diesem Jahr abgesessen oder werden es noch tun. In ihrem Fall ist das Risiko wenigstens bekannt, die Betroffenen werden überwacht. Als unberechenbarer gelten Häftlinge, die im Gefängnis radikalisiert werden; die Polizei schätzt ihre Zahl auf 700.